

der früheren künftigen Straßenbahn, der Bahnhofs 20 befindet sich in Dresden. Im Laufe der letzten Woche ist einer der Angehörigen wegen unachtsamer Verhältnisse entlassen worden. Der Fall hat der Betriebsrat Einspruch erhoben und die Einstellung des Entlassenen verweigert. Da die Einstellung darauf nicht eingehen konnte, wurde die sonstige Angelegenheit dem Schlichtungsausschuss unterbreitet. Ob dieser aber noch seinen Spruch gefällt hatte, ist nicht bekannt, wie bereits gesagt, die Straßenbahn der genannten vier Bahnhöfe in den nächsten Tagen.

Japanische Bestellungen von Kriegsmaterial in Deutschland. Wie aus Industriekreisen bekannt wird, liegen zur Zeit sehr umfangreiche Bestellungen der japanischen Regierung bei der rheinisch-westfälischen Industrie vor. In der Hauptsache soll es sich um Dachs- und Schiffsbleche handeln, die die japanische Regierung an Stelle der von Deutschland auszuführenden Schiffe zu erhalten wünscht.

Die Ablieferung von Eisenpulvern an die Entente. Die Berliner Blätter melden aus Hannover: Die Zentral-Ingenieurgesellschaft hat den ersten Ablieferungstransport von Eisenpulvern an die Entente zusammengebracht. Der Zug hat Hannover mit 23 000 Eisenpulvern nach St. Klotz verlassen. Eine französische Kontrollkommission überwachte die Uebernahme der Eisenpulver. Ein zweiter Transport wird im kommenden Frühjahr folgen.

Das Gnadenrecht des Reichspräsidenten. Aus Berlin meldet W.P.: Essener und andere Zeitungen bringen die Nachricht, daß die in Essen wegen dreifachen Raubmordes zum Tode verurteilten Gebrüder Fleischer zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt seien und infolgedessen zum Teil daran Kommentare über die Handhabung des Gnadenrechts durch den Reichspräsidenten. Wie wir erfahren, liegt hier kein Gnadenakt des Reichspräsidenten vor. Die Straftaten der Gebrüder Fleischer sind vor dem Schwurgericht in Essen, also einem preussischen Gericht, abgeurteilt worden und das Gnadenrecht steht in diesem Falle allein dem preussischen Staatsminister zu; der Reichspräsident ist mit der Sache überhaupt nicht befaßt worden.

Zur Stilllegung der Mannheimer Zeugwerke. In einer vom badischen Landeskommissar als Demobilisationskommissionar veranlaßten Vernehmung zwischen der Direktion der Mannheimer Zeugwerke und den Arbeitervertretern wurden die Bedingungen erörtert, welche die Firma Zeug für die Wiederaufnahme des Betriebes stellt. Die Direktion verlangt Garantien dafür, daß hinsichtlich Ruhe und Ordnung in den Betrieben herrschen und die persönliche Freiheit der Betriebsbeamten gewährleistet wird. Sie hält es für unerlässlich, daß diejenigen Arbeiter, welche wiederholt die Ruhe und Ordnung in den Betrieben gestört und Anlaß zu Demonstrationen gegeben haben, von der Wiederaufnahme ausgeschlossen werden. Eine heute stattfindende Versammlung der Arbeiter wird zu diesen Bedingungen Stellung nehmen.

Frankreich kauft sich gegen vor den Säbeln der Schaulustler. Der „Votalezeiger“ meldet aus Wiesbaden: Die Schaulustler des Stadttheaters in Danau wollten in Wiesbaden ein Gastspiel mit dem Schauspiel „Die Karne“ geben. Das Gewand mit den Kostümen wurde von den Franzosen beschlagnahmt und einbehalten, da sich in ihm auch Säbel für die russischen Uniformen befanden und die „Einfuhr von Waffen“ in das besetzte Gebiet bekanntlich verboten ist.

Keine Ueberstunden in der Solinger Industrie. Die Betriebsräte der Solinger Industrie haben beschlossen, Ueberstunden unter allen Umständen abzulehnen.

Lohnerhöhung im Bergbau und Neuregelung der Kohlenpreise. In den gegenwärtig schwebenden Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohnvertrages im Bergbau fordern die Vertreter der Bergarbeiterverbände eine Lohnerhöhung von 30-35 Mark pro Schicht. Wenn eine Erhöhung der Löhne in diesem Sinne eintritt, so würde sich schon dadurch der Kohlenpreis um 60-70 Pf. pro Tonne erhöhen. Inwieweit außerdem infolge der Steigerung der Materialpreise eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise eintritt, läßt sich zur Zeit noch nicht feststellen, da die Erhöhungen über die Entwicklung der Selbstkosten noch nicht abgeschlossen sind. Die Lohnerhöhung im Bergbau und damit auch die Neuregelung der Kohlenpreise soll am 1. Dezember 1921 in Kraft treten.

Die Polen haben die Warnungsnote nicht bekommen. Die polnische Regierung dementiert, daß sie dieselbe Warnungsnote der Völkervereinigung, die an Deutschland ergangen ist und in der vor Ansetzung von Ururteilen in Oberösterreich gewarnt wird, erhalten hat.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen. Einer Korrespondenzmeldung zufolge sind zur Vorbereitung der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberösterreich gestern im Auswärtigen Amt in Berlin unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Stodhan eine Sitzung des Unterausschusses für das Polnische statt. Der Sitzung wohnte auch der deutsche Bevollmächtigte Reichsminister a. D. Schiffer und sein Stellvertreter Staatssekretär Lemwald bei. Es wurde sowohl die Polfrage als auch die Frage der Ein- und Ausfuhr im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Genfer Diktats einer genauen sachlichen Prüfung unterzogen.

Die Wiesbadener Juweliere lassen sich nicht ankaufen. Nach einer Meldung des „Votalezeigers“ aus Wiesbaden haben die dortigen Juweliere als Maßnahme gegen den Ankauf ihrer Geschäfte geschlossen.

Der monarchistische Gedanke in Bayern. Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei schreibt in einem politischen Rundbrief an der Trauerfeier für den König, die vergangenen Tage seien ein seltener Beweis dafür gewesen, daß der Königsgedanke im bayerischen Volk trotz der republikanischen Verfassung nicht tot ist. Der Königsgedanke werde umso stärker weiterleben und die Sehnsucht nach den alten monarchischen Verhältnissen umso lauter werden, je weniger die Form des neuen Staates den Bedürfnissen der Mehrheit des Volkes entspreche. Trotzdem heiße die Frage heute nicht: Republik oder Monarchie? Sie könne aber einmal so heißen. — Wie jetzt bekannt wird, hat der ungarische Reichsverweser Horthy gelegentlich der Besetzung des früheren Königs Ludwig von Bayern ein Beileidstelegramm an dessen Sohn Rupprecht gerichtet, das die Adresse trug: „An Seine Majestät König Rupprecht von Bayern“. Dieses Verhalten eines offiziellen Staatsoberhauptes eines mit Deutschland im Frieden lebenden Staates ist mehr als sonderbar. Es war bisher üblich, daß Regierungen den Verfassungen der Länder, mit denen sie im Frieden lebten, Rechnung trugen, wie immer sie dieselben auch beurteilen mochten. In dem Horthy auf die bestehende Verfassung des Deutschen Reiches und Bayerns jedes Rücksicht unterließ, hat er ein Vorkommnis in der Geschichte zwischenstaatlicher Beziehungen geschaffen, und hat nicht viel anders gehandelt, als wenn beispielsweise der deutsche Reichspräsident aus Sympathie für die irische Sache ein offizielles Telegramm an „Ferru de Valera, Präsidenten der irischen Republik“ abgehandelt hätte. In einem wie dem anderen liegt und läge eine Provokation weiter Bevölkerungsteile, die weder mit dem König Rupprecht noch mit dem Präsidenten de Valera einverstanden sind und wären, und solche Provokationen haben am wenigsten dem Oberhaupt eines besetzten Staates zu tun, denn sie sind eine glatte und in jedem Falle zu mißbilligende Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse des Nachbarlandes.

Der Dollar auf 247 Pf. zurückgegangen. Das B. L. meldet: Schon am Dienstag legte im Abendverkehr eine Abwärtsbewegung der Devisenkurse (Dollar bis auf 240) ein. Die Befestigung der Mark kam im Vormittagsverkehr am Mittwoch noch stärker zum Ausdruck, so daß der Dollar

nur bis auf 255 sank. Die Abwärtsbewegung der Welle fremde Zahlungsmittel wird mit der Ankunft der Reparationskommission in Zusammenhang gebracht. Letzte Börsennotierung: Dollar 247 Pf. Am Dienstag vormittag hatte der Dollar auf 205 Pf. gestanden.

33 französische Generale im Rheinland. In der Berliner „Antenne“ wird eine Betrachtung über die Rollen der Rheinarmee angeführt, die mit 400 Millionen Franken in das Budget für 1922 eingestellt sind. 90 414 Offiziere und Soldaten bilden die Macht am Rhein, die zahlenmäßig wie folgt verteilt sind: 33 Generale, 810 Offiziere höheren Grades, 2822 Offiziere geringeren Grades, 7981 Unteroffiziere, 10 350 Korporale und Gefreite und 22 678 Soldaten. Es ist bekannt, so bemerkt das Berliner Blatt, daß wir nach der Brennung des Krieges in der Arme viele Generale haben, mit denen wir nichts anzufangen wissen. Schickt man deshalb in viele in das Rheinland?

Die europäischen Weidewirtschaften. Neben dem Plan des amerikanischen Finanzministers Van der Bilt, eine internationale Bank zum Aufbau der europäischen Finanzen zu errichten, wird unter anderem berichtet: Das Kapital der Goldbarrenbank der Vereinigten Staaten in Europa soll 1 Milliarde Goldbarren betragen, die bis zum 31. Dezember von 20%, als Garantie für die Ausgabe von 5 Milliarden Dollar-Banknoten dienen soll. In allen europäischen Staaten werden Niederlassungen errichtet. Diese nationalen Niederlassungen können nur Anleihen an Banken gewähren gegen eine Pfandschaft von 150% des Wertes.

Die erhöhte Ausfuhr von Eisen. Die der Wirtschaftsausschuss für das besetzte Gebiet mitteilt, hat die Rheinlandkommission den neuen Ausfuhrabgabtarif anerkannt. Die neue, erhöhte Ausfuhrabgabe wird ab 10. November auch bei der Ausfuhr von besetzten Gebiet ins Ausland erhoben.

Deutsche Fleischkonzerne für das Ausland. Der Syndikus des Norddeutschen Handelsbundes beantragte neuerdings beim Erziehungsminister die Ausfuhrbewilligung für 900 Tonnen Polensinken.

Der Vertrag mit der Tschechoslowakei. Der tschechoslowakisch-polnische Vertrag enthält u. a. folgende Punkte: Beide Staaten garantieren sich gegenseitig ihre Integrität auf Grund der Verträge, denen sie ihre Unabhängigkeit und ihren Bestand verdanken. Falls einer der Staaten von einem seiner Nachbarn angegriffen wird, verpflichten sich die beiden Staaten gegenseitig zu wohlwollender Neutralität und an dem Angegriffenen freier Durchfuhr von Kriegsmaterial. Der Vertrag gilt für fünf Jahre.

180% Soll auf die Deutschen Goldhändler. Der „Antragskammern“ meldet aus Vils, daß die deutschen Goldhändler 23 000 Franken zahlen sollen. Der deutsche Preis betrage 10 000 Franken, aber die französische Zollverwaltung beanspruche 18 000 Franken für jedes Daus.

Amnestie. Das Büro Moskwa meldet aus Moskau: Zum vierten Jahrestag der Revolution vom 7. November hat das Volksbüro des russischen Zentral-Exekutiv-Komitees eine Verordnung erlassen, wonach allen Arbeitern und Bauern die als gemeine Soldaten in den militärischen Organisationen, Rotkordats, Denkins, Bulat-Balashowitsch, Beremjinski und Judentichs Dienst getan haben, Amnestie erteilt wird und ihnen die Erlaubnis gegeben wird, nach Russland zurückzukehren.

Erkennung Albanien. Amtlich wird gemeldet, daß die englische Regierung Albanien als unabhängigen Staat anerkannt und diese Entscheidung Frankreich und Italien bekanntgegeben hat.

Annulierung der Kriegsschulden. Nequid erklärte in Glasgow, daß der Sturz der deutschen Reichsmark auf den finanziellen Zusammenbruch Deutschlands hinweise, was eine Katastrophe für alle übrigen Länder der Welt bedeuten würde. Er spricht sich für die Annullierung der Kriegsschulden aus.

Deutsches und Sächsisches.

Mies, den 10. November 1921.

Handelschule Mies. Das Wirtschaftsministerium hat im Hinblick auf die Größe und Bedeutung der Handelschule in Mies den Direktor dieser Anstalt, Herrn Studentent Oehms unter dem 2. November zufolge Verordnung 1905 III P zum Studiendirektor best. d. r. t.

Frostwetter. Nachdem am Montag der „erste Schnee“ sich eingestellt hatte, berichtet seit der vorletzten Nacht auch ein leichter Frost. Auf den Straßen gelaten sich früh Eisschichten und auf den Dächern lag dichter Neel. Auch am Tage herrschte eine niedrige Temperatur. Das war kalt, aber trockene und sonnige Wetter des geliebten und heutigen Tages ist jedenfalls das Unangenehme noch nicht. Immerhin müßten wir aber nicht annehmen, daß sich der Winter schon jetzt dauerhafter einstellt. Freilich haben wir bis weit in den Oktober hinein warmes und schönes Wetter gehabt und müssen dankbar und zufrieden sein. Aber auch jetzt hat der Herbst zunächst noch das Recht dazu, uns bessere Tage zu bringen.

Die Ortsgruppe Mies der D. B. V. hielt vergangenes Mittwoch in ihrem Vereinslokal eine gut besuchte Versammlung ab. Die Vorsitzende des Frauenausschusses gab zunächst einen Einblick in die im September in Dresden geleitete politische und soziale Arbeit der Frauen innerhalb der Partei. Mit der Volkstirung der Frauen, der Fähigkeit, ihre eigenen Angelegenheiten selbst vertreten zu können, befaßte man sich dort ebenso eingehend, wie mit dem bei. Arbeitsgebiet der Frauen, der Wohlfahrtspflege und den Sittlichkeitsfragen. Sodann schilderte unter dem Vorsitz der Ortsgruppe die bei der Feldpolizei in Litauen nach Ausbruch der Deutschen Revolution in höchst fesseln der Liebe, was er da a. B. von den Gensdarmen der Polen, ihrem großen Organisationstalent auf dem Papier, von Verschlagenheit und Belagheit, von ihrer Unfähigkeit zu ernster Arbeit berichtete, ließ darüber hinaus trübe Schlussfolgerungen für die geräubten Grenzgebiete zu. Die kleinere Jüge vervollständigten das Charakterbild. Daneben müßte man dann auch von deutschen Soldaten und von dem völligen Verfall der damaligen deutschen Regierung in der Außenpolitik hören, und von den Schwierigkeiten, mit denen die im Süden der Feldpolizei fortschreitende Volkswirtschaft die Tätigkeit unmöglich machte. Außerdem hatte der Vortragende Gelegenheit, im dienstlichen Umgang mit der Entente-Kommission im Freistaat Litauen die janualische Verbotszeit der Franzosen, die ein Zusammenarbeiten unmöglich machte, und die absurden volkswirtschaftlichen Begriffe englischer Offiziere kennen zu lernen, die ihre Bildung aus den trüben Quellen der Weltläge geschöpft hatten.

Der dieswägige Kartoffelbörsenpreis. Die Kartoffelpreiskontrollkommission des Landesbaurates, deren Notierungen bekanntlich durch eine Verordnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums als Preisobergrenze gelten, hat in ihrer Mittwochsvorstellung für diese Woche keine neuen Preise ausgeworfen, sondern die am vorigen Mittwoch notierten als für diese Woche gültig erklärt. Die Notierung von voriger Woche lautet folgendermaßen: Dresden, Bann, Leipzig 48-56 Mark; Chemnitz (Weiß), Bismarck 48-56 Mark.

Die 85 Mark das Fund Margarine. Der Margarine-Verband e. V. Berlin, teilt mit: Da die

Margarineindustrie ihre Notizen mit ausländischen Teu-ellen besetzen muß, hat sie sich gestemmen gesehen, eine weitere Erhöhung ihrer Verkaufspreise vorzunehmen. So hat sich die marktgemäßen Sorten auf 81-85 Mark Basis für gefüllte Margarine für 21 einhändiger Kiste. Die Margarineindustrie ist mit der Regierung wegen einer Nachprüfung der Notwendigkeit der Preisbildung in Verbindung getreten.

Gegen die Preisbildung für Margarine. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat an den Ernährungsminister, an den Reichswirtschaftsminister und an das Reichswirtschaftsministerium nachfolgende Eingabe gerichtet: Der Margarine-Verband e. V. Berlin, teilt mit: Infolge der fortschreitenden hohen Entwertung der Reichsmark ist die Margarineindustrie in die Amonition verlegt, die gegenwärtig bestehenden Preise für Margarine weiter zu erhöhen. Die Erhöhung beläuft sich auf 8,50 bis 7 Mark für das Pfund, je nach Qualität. Gegen diese Preisbildung, die drückt innerhalb weniger Wochen, erhebt der Deutsche Gewerkschaftsbund in Vollmacht der zu ihm gehörenden 2 1/2 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten Einspruch. Nachdem im Hinblick auf die für die Margarineindustrie der Preis um je 2 Mark erhöht wurde, gewinnt die jetzt angekündigte, sehr erhebliche Wertenerhöhung nachdrücklich an der Frage, ob es nicht in diesem Ausmaß den Verbrauch zu belasten. Wir verneinen diese Notwendigkeit. Die angedachte Preisbildung können wir als schädlich nicht anerkennen. Angesichts der Unterpreis für Margarine bis weit in die Preise des Bürgerrechts hinein Gegenstand des täglichen Bedarfs geworden, dessen fortschreitende Verteuerung nicht hinführlig hingenommen werden darf. Der Deutsche Gewerkschaftsbund richtet deshalb an die für die Erzeugung Deutschlands verantwortlichen Stellen das dringende Verlangen, die Preisbildung für Margarine, mit den Selbstkosten beginnend, insbesondere aber auch die nach unserer Auffassung preisbildende Tätigkeit des Margarineverbandes in Berlin, einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. In dieser Erhebung, die mit größter Beschleunigung durchzuführen wäre, beantragen wir die Heraushebung sachverständiger Verbands- und Vertreter der Gewerkschaften. Wenn eine der maßgeblichen Firmen des Konzerns die A. G. von den Verbands Margarinefabriken, die ihre Erzeugung in der Hauptsache in Deutschland unterbringt, im Geschäftsjahr 1920 einen Reingewinn von 8,7 Millionen hochwährigen Gulden erzielt hat, kann nicht ausgemacht werden, daß die Notwendigkeit derartiger zusätzlicher Preissteigerungen vorhanden ist.

Söbere Besätze für sächsische Beamte. Das Gesamtministerium hat folgende Besetzung erteilt: Die unter Abschnitt I D der Besetzungsordnung fallenden planmäßigen Beamten mit einem die erste Grundgehaltstufe der Besetzungsgruppe 10 nicht erreichenden Grundgehalt erhalten außer dem nach III, c II der Gesamtministerialverordnung vom 3. September 1921 zu zahlenden Ausgleichzuschlag einen weiteren Ausgleichzuschlag in der Höhe, daß ihr Dienstverdienst nicht Ausgleichzuschlag eines planmäßigen Beamten in der ersten Grundgehaltstufe der Besetzungsgruppe 10 erreicht. Die wissenschaftlichen Assistenten und Hilfskräfte mit planmäßigen Vergütungen bei den wissenschaftlichen Hochschulen mit mehr als 5 Dienstjahren erhalten außer dem ihnen nach III, c II der Gesamtministerialverordnung vom 3. September 1921 zu zahlenden Ausgleichzuschlag einen weiteren Ausgleichzuschlag in der oben erwähnten Höhe.

Steigen des Wasserstandes. Der Wasserstand der Elbe hat in den letzten Tagen durch überaus reichliche Regengüsse eine wesentliche Verbesserung erfahren. Der Dresdner Pegel zeigte am 9. November - 163, während der Stand noch vor wenigen Wochen etwas Zentimeter über 200 angesetzt. Ein weiteres Steigen des Wasserstandes ist infolge der anhaltenden Niederschläge zu erwarten. Infolgedessen steht der Elbschiffahrt heute wieder ein gutes Fahrwasser zur Verfügung.

Wahtranzensatz gegen sächsische Minister. Die sämtlichen nichtsozialistischen Fraktionen haben einen Antrag eingebracht, in dem den Ministern Epstein, Fielhner und Jädel das Vertrauen abgeprochen wird.

Erster Allgemeiner Verband der evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands am 13. November 1921. Deutschlands evangelische Jungmännerbünde halten ihren ersten großen Verbandstag durch das ganze Reich. Bislang hat das evangelische Jugendwerk allzu bescheiden im verborgenen gestanden. Mit fast einer halben Million festorganisierter junger Menschen hat es sich längst seine Stellung im geistigen Leben Deutschlands errungen. In 1905 großen Händen und 2500 Vereinen mit 275 Berufsarbeitern und fast 200 eigenen Häusern wird Woche um Woche durch das ganze weite Gebiet des Reichesverbandes der evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands und verwandter Bestrebungen eine charakterstarke Jungmannschaft herauszubilden versucht. Aber wer wußte davon bisher viel? Es war nicht evangelische Art, sich in den Vordergrund zu drängen. Die letzten Jahre haben einen kraftvollen Zusammenstoß der evangelischen Jungmännerarbeit gebracht. Ein Reichswort wurde an die Spitze des gesamten Wertes berufen. Vier Reichsektoren stehen ihm unmittelbar zur Seite. Die missionarische Lösung, in der hundertjährigen Geschichte des Wertes tief verankert, wurde neu aufgenommen und gewann sich im Sturm die jungen Herzen. In dem Wert der modernen Jugendbewegung hat sie der Arbeit den ersten Punkt, um den sich alles aufbaute. Der Gedanke der christlichen Weltanschauung, seines früheren militärischen Antriebes entkleidet und innerlich vertieft, wurde neu aufgenommen. Ein Ausschuss für Turnen und Sport sah die Wertliche Erziehung, die seit langem gepflegt wurde, unter Leitung eines Reichsturnwartes zusammen. Angeschlossen wird an der Ausbreitung des Schrifttums der Bewegung gearbeitet. Das übrigens eine Bewegung, die in so harter Entwertung begriffen ist, zugleich großzügiger haben wohlgeleiteter Freude bedarf, sei noch ausdrücklich ausgesprochen (Strotasse Mies 1920 ev. Jungmännerwert).

Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Anzeigen nach § 78(2) Eisenbahn-Verkehrsordnung. sogenannter Bedienungsvollmachten. Auf den Stationen, wo die Eisenbahn für die Zuführung der ankommenden Gütergüter an die Empfänger durch bahnamtliche Volkswirtschaftler sorgt, kann die Ende dieses Jahres ablaufende Gültigkeitsdauer der Anzeigen nach § 78(2) Eisenbahn-Verkehrsordnung - sogenannt Bedienungsvollmachten - im Bereiche der Eisenbahn-Verkehrsordnung Dresden auf ein weiteres Jahr bis Ende 1922 verlängert werden. Anträge auf diese Verlängerung der Gültigkeitsdauer sind bis spätestens 6. Dezember 1921 an die in Frage kommenden Güter- und Güterabfertigungsstellen zu richten. Neue Vollmachten können nur bis Ende 1922 genehmigt werden. (H. E. G. 1922.)

Wochenbericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung. Trotz der im allgemeinen günstigen Arbeitsmarktlage sprechen Anzeichen in einzelnen Berufszweigen für einen gewissen Stillstand des bisherigen Aufstiegs der Beschäftigungsmöglichkeit. Infolge der fortgeschrittenen Jahreszeit waren bereits Einstellungen von Erb- und Bauarbeiten zu verzeichnen. Die Vermittlungstätigkeit war an einzelnen Orten merklich schwächer. Es besteht noch Mangel an Mädchen und jüngeren Knaben, teilweise an Gartenarbeitern und gelehrten Gärtnern. An Arbeitern für den Steinlohnbergbau, an guten Facharbeitern für die Metallindustrie, an gelehrten Tisch-